

Vertagung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 29. September.

Das Abgeordnetenhaus hat sich heute nach völlig erschöpfender Erledigung seines Arbeitsprogramms, nach erfolgter Annahme des Berichtes des Ministerpräsidenten bis 7. Dezember vertagt.

Unter brausenden Stürmen hat diese Tagung des Abgeordnetenhauses begonnen, in der völligen Harmonie des friedlichen Zusammenarbeitens klang sie aus. Sie war wechselvoll und ereignisreich in ihren Erscheinungen und Formen. Sie brachte die erste große auslandspolitische Auseinandersetzung und, um von den Formen zu sprechen, nach langer Zeit wieder geschlossene Sitzungen. Es gab Stürme und Beratungen, die bis in den kommenden Morgen hinein währten. Es wurde in den Beratungen oft das höchste Niveau der parlamentarischen Redekunst und der staatsmännischen Erwägungen erklommen, doch es kamen auch Stunden, in denen sich das Niveau tief unter das normale senkte. Aus den hellen und dunklen Farben, aus den matten und glänzenden Stücken, aus den warmen und trüben Tönungen des Mosaikbildes, das sich aus diesen Erscheinungen zusammensetzt, tritt eine neue und doch bekannte Gestaltung sichtbar hervor. Diese hat nichts mehr gemein mit den Stücken, aus denen sich das Ganze zusammensetzt, und dennoch ist sie das Wesentliche: das Bild des einheitlich, im Siegesbewußtsein und in der Entschlossenheit verbunden kämpfenden Ungarn. Wie immer auch die Farben wechselten, ob nun die ausgewählte Stimmung gleich einem Sturzbach alles wegzuschwemmen schien, ob sich die heilige Wärme der Sonnenstrahlen des besten patriotischen Empfindens über das Haus ergoß, immer siegte das Bestreben, die Sicherheit des Staates, seine Kampffähigkeit und seine Siegeszuversicht unentwegt zu wahren und zu steigern. Dazu, um das zu manifestieren, bedurfte es in erster Reihe der Erhaltung der ungehemmten Arbeitsfähigkeit der ungarischen Gesetzgebung, und heute, am Schlusse der Tagung, können wir mit großer Genugtuung sagen, daß die gesunde Struktur des Abgeordnetenhauses alle Krankheitsercheinungen niederkämpfte und daß das Haus im vollen Bewußtsein seiner Leistungsfähigkeit durch eigenen Beschluß sich vertagte. Die Genugtuung, die die geleistete Arbeit geschaffen hat, ist so umgewandelt in zuberstehendes Vertrauen auf zukünftige, fruchtbringende Tätigkeit.

Diesem Geiste entsprachen die Worte, mit denen der Präsident des Abgeordnetenhauses Paul v. Beöthy heute den Beschluß betreffend die Vertagung des Hauses erunzierte. Er gab dem Siegesbewußtsein und der Entschlossenheit Ausdruck, die sich in der Haltung des Hauses auch in schweren Kämpfen offenbarte. Die große Rede, mit der Ministerpräsident Graf Tisza vorher auf die Debatte betreffend seinen Bericht über die Anwendung der Ausnahmegehalt zurückgriff, war eine machtvolle Bekräftigung der zuberstehlichen Stimmung des Hauses, denn sie räumte auf mit den traurigen Märchen, die von zukünftigen Hungersnöten sprachen. Laut und in vollem Bewußtsein seiner Pflichten nahm der Ministerpräsident vorversammlung dem Hause die Verantwortung dafür auf sich, daß weder Ungarn noch die Monarchie von der Gefahr einer Hungersnot bedroht sei, daß Vorsorge getroffen ist und Vorsorge getroffen werden konnte für die notwendige Verpflegung der Bevölkerung. Gewiß, der Ministerpräsident mußte an die Disziplin und an opferwilliges Pflichtbewußtsein der bürgerlichen Bevölkerung appellieren, doch es ist auch sicher, daß sein Appell durchaus wirksam sein wird. Es ist wohl ein Erfolg dieser Tagung, daß der Ministerpräsident alle Kreise, ohne Rücksicht auf den Parteiunterschied, zur Mitwirkung an der Leitung und Kontrolle der Volksernährung auffordern konnte.

Von den Ressortministern ergriffen heute abend Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány und Minister des Innern Johann v. Sándor das Wort. Die Ausführungen beider Minister brachten dem Hause Beruhigung in vielen strittigen Fragen. Aus der Rede des Ministers des Innern Johann v. Sándor sollen zwei Punkte besonders hervorgehoben werden. Mit Bedauern wird man zur Kenntnis nehmen, daß Minister des Innern Johann v. Sándor ein näheres Eingehen auf die Frage der Mutterlastversicherung mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der Mittel ablehnen mußte. Umso inniger wird man dem Minister Dank wissen für die Worte, mit denen er der traurigen Menschenjagd entgegentrat, die Abgeordneter Géza Polónyi in seiner letzten Rede gegen die wehrlosen galizischen Flüchtlinge unternahm. Mit vollem Recht betonte der Minister die Rücksichten, die wir den Staatsbürgern des kämpfend und verbundenen Oesterreich schulden. Mit vollem Rechte verwies er auch auf die Reziprozität dieser Verpflichtung, die sich darin offenbare, daß in Oesterreich Hunderttausende Kronen für die siebenbürger Flüchtlinge gesammelt wurden.

Die Karolipartei, die in dieser Tagung das erste Mal als selbständige Partei wirksam wurde, hat in der Feuerprobe nicht viel Lorbeer geerntet. Ihre mit großer Bühnenkunst und mit den Mitteln der publizistischen Breitmachung angekündigten Unternehmungen sind sämtlich im Sande verlaufen. Heute hat Graf Michael Karolvi, dessen Argumentationen übrigens in der Rede des Ministerpräsidenten eine unbarmherzige Widerlegung

erfahren, in das Antragebuch des Hauses noch einen ungewöhnlich langen Antrag eingezeichnet, der gestern bereits als Leitartikel in den Spalten des „Magyarország“ erschienen ist. Es kennzeichnete den Ernst des Beginnens, daß der Antragsteller bei der Verlesung des Antrages im Hause nicht anwesend war und die Vertretung seines Antrages dem Mitgliede einer anderen, vor kurzem noch hart bekämpften Partei überließ. Das Haus lehnte es ab, in eine Beratung über den Antrag einzutreten.

In vollem Frieden, erfüllt von dem Bewußtsein treugeleiteter, nützlicher Arbeit, schloß das Haus um 6 1/2 Uhr abends seine Tagung.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 4 Uhr nachmittags.

Schriftführer: Peter Mihályi, Alfred Pál.
Auf den Ministeraufenteln: Graf Tisza, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Hazai, Janokovich, Hideghéthy.

Der Einlauf wird verlesen. Er dient zur Kenntnis.
Folgt die Tagesordnung: Bericht des Ministerpräsidenten.

Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány reflektiert auf die Bemerkungen der Redner, die auf sein Ressort Bezug haben. Die Abgeordneten Ebermát und Ráth verlangten, daß man für die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel Sorge. Zweifellos wäre diese gleichmäßige Verteilung vom Gesichtspunkte der Kriegsvolkswirtschaft mehr als erwünscht, sie ist aber die schwierigste Frage und die heikelste Aufgabe, angesichts der Verschiedenheit der Lebensverhältnisse der Einwohnerschaft. Nicht einmal bei der Mehlverteilung ist es gelungen, nach gleichen Bestimmungen vorzugehen, wo es am leichtesten gewesen wäre. Deshalb könne Redner die Auffassung des Abgeordneten Graf nicht teilen, die für die Bewohner der Städte und der Dörfer die gleichen Mengen von Mehl fordert. Wir wissen, daß die Dorfbewohner unvernünftig mehr Mehl auch zur Friedenszeit konsumieren und daß die Stadtbewohner dagegen Fleisch, Erdäpfel und andere Lebensmittel mehr den aus Mehl hergestellten Speisen verzehren. Wenn wir den mit der Landwirtschaft beschäftigten Kreisen der Bevölkerung ebensoviel Mehl geben, wie den Stadtbewohnern, so führt das zu einer einseitigen Verteilung. Wenn schon beim Mehl so große Schwierigkeiten auftauchen, kann man es sich leicht verzeigewärtigen, welche Schwierigkeiten bei den übrigen Lebensmitteln erwachsen würden. Nehmen wir als Beispiel den Zuckerkonsum. Es ist bekannt, daß der Zuckerkonsum in Ungarn vor dem Kriege ein minimaler war, er ist nur während der zwei Kriegsjahre so rapid gestiegen, infolge des Zeitmangels und des Ausfalls anderer Lebensmittel. Als der Handelsminister die Zuckerrentrale errichtete, wurde als Grundlage — mangels anderer Erfahrung — der Zuckerkonsum des Jahres vor der Errichtung der Zentrale in Berechnung gezogen. Die abgelieferten Zuckermengen waren nicht hinreichend, der Bedarf an Zucker ist so rasch und unerwartet gestiegen, daß die Produktion nicht Schritt zu halten vermochte.

Mehrere Redner forderten die Dezentralisierung der Lebensmittelverteilung. Abgeordneter Gustav Graf hat sehr treffend die Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft geschildert. Dort hat man mit vielen Systemen experimentiert, auch mit der Dezentralisation, man ist aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß nur die individuelle Versorgung zweckdienlich sei. Man möge nur an die Verfügungen des Jahres 1914 in Deutschland denken, die deutsche Regierung hat in der Befürchtung, den Schweinebestand nicht erhalten zu können und zur Wahrung der Lebensmittelversorgung das Schlachten von neun Millionen Stück Schweine angeordnet. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Kartoffelfeshung eine weit größere war, als der Bedarf der Bevölkerung, man hätte die Schweine nicht alle sofort schlachten müssen. Die unbenützten Vorräte sind dank der Agilität der deutschen Industrie zwar sofort für die Zwecke der menschlichen Ernährung aufgearbeitet worden, allein diese und weitere Erfahrungen haben die deutsche Regierung vom Gedanken der Dezentralisation in der Lebensmittelversorgung abgebracht. Seither ist auch dort die individuelle Versorgung mit Lebensmitteln eingeführt worden.

Viele Redner beschäftigten sich mit der Teuerung, dem Warenmangel und der Aufstapelung von Vorräten durch Kaufleute und Private. Im Vorjahre hat der Minister des Innern schon eingehend darauf verwiesen als ähnliche Bemerkungen gemacht wurden, daß er gegen die Warenaufstapelung Verfügungen getroffen habe, leider ohne Erfolg. Die Behörde hat zwar in einzelnen Fällen kleinere Mißbräuche entdeckt und abgestellt, das Endergebnis der Aktion war aber gleich Null. Die Abgeordneten Árpád Matta und Markgraf Georg Ballavicini beschäftigten sich mit der Preismaximierung. Man hat die Feststellung der Biergerstpreise mit 42 Kronen und der Futtergerste mit 34 Kronen pro Meterzentner als unrichtig bezeichnet, da man die baldige Preissteigerung der Futtergerste vorausgesehen habe. Die Bierbrauereien, sagten die Redner, arbeiten ohnehin nicht, die Feststellung der hohen Brauergestpreise werde nun die Gerstpreise überhaupt erhöhen. Die Gerste ist widerwärtig und abgestellt, so daß man alle Gerste requiriert und die hohen Preise bezahlt.

Abgeordneter Johann Kovák: Die Kriegsprodukten-A.-G. hat aber viel Gerste billig gekauft.

Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány (fortsetzend): ... hat dafür gesorgt, daß die Landwirte nachträglich die Preisdifferenz erhalten. (Zustimmung.)

Man hat auch der Regierung vorgeworfen, daß sie der Kartoffelzentrale gestattet, zwei Kronen pro Meterzentner über den Maximalpreis für direkt verkaufte Kartoffeln zu bezahlen. Diese Prämie wurde auf Ersuchen der Deputation der Städte genehmigt, die die Errichtung der Kartoffelzentrale verlangte, damit die städtische Bevölkerung ihren Bedarf decken könne, denn ohne diese Prämie wäre die Versorgung der Städte mit Kartoffeln unmöglich. Es scheint überflüssig, zu behaupten, daß der Produzent gern etwas billiger verkauft, wenn er seine Ware nicht erst zur Bahnstation befördern muß zu einem Zeitpunkte, in dem ihm vielleicht keine Fuhrwerke zur Verfügung stehen. Die Differenz an Spesen soll durch die Prämie dem Produzenten ersetzt werden. Auf die Bemerkung des Abgeordneten Grafen Michael Esterházy über den einem Postmeister durch die Kriegsprodukten-A.-G. überlassenen Hafer erwidert Redner, daß die Kriegsprodukten-A.-G. ausschließlich für den Heeresbedarf Hafer anweisen könne, die übrigen Quantitäten stehen der Regierung zur Verfügung. An Privatpersonen darf die Kriegsprodukten-A.-G. nicht verkaufen.